

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums  
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern  
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera  
Zimmer.: 239  
Telefon: 04401 – 927 326  
04401 – 927 0 (Zentrale)  
Telefax: 04401 – 927 339  
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 21.11.2014

## Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		OrdnA/12/2014
<b>Ausschuss für öffentliche Ordnung und Feuerwehr</b>		
am Mittwoch, 12.11.14	Sitzungsdauer 16:30 bis 18:30 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Ursula Schinski  
Jens Harders  
MdL Horst Kortlang  
Diether Liedtke  
Volker Osterloh  
Dragos Pancescu  
Jürgen Peschke  
Alfred Schäfflein  
Dr. Hans Schmid  
Stephan Siefken  
Jürgen Sprickerhof

Ausschussvorsitzende  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
In Vertretung von Herrn Hespos  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
stellv. Ausschussvorsitzender  
Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied  
In Vertretung von Frau Schröder

### Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Walter Erfmann

Ausschussmitglied

### Beratende Mitglieder

Heiko Basshusen  
Peter Deyle

Kreisbrandmeister  
Vertr. DRK

Michael Haferkamp  
Carsten Renken  
Thomas Schwarzbach  
Wilfried Barysch  
Sven Janßen

Vertr. THW  
Vertr. DLRG  
ärztl. Leitung Rettungsdienst  
JUH  
Vertr. Kreisbehindertenbeirat

### **von der Verwaltung**

Jan Hoffmann  
Andreas Hoppe  
Susanne Ripken  
Karl-Heinz Röben  
Rudi SchulenbergRD  
Horst Stolz  
Matthias Sturm  
Matthias Wenholt

Stellv. Leiter Rettungsdienst  
FD 36 - Straßenverkehr  
Leiterin FD 32 - Sicherheit und Ordnung  
Fachbereichsleiter 2  
Leiter Rettungsdienst  
Leiter FD 36 - Straßenverkehr  
Ref. 91 - Büro des Landrats, Protokollführung  
Leiter Dezernat 2

Entschuldigt sind:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Günter Hespos  
Christina-Johanne Schröder

Ausschussmitglied  
Ausschussmitglied

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.06.14
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Einführung des ergänzenden Warnsystems KATWARN  
Vorlage: 2014/FD32/027
- 6 Neubau Bundesstraße 211  
Vorlage: 2014/FD36/018
- 7 generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h auf Kreisstraßen ohne Mittelstreifen  
und Nebenanlagen  
Vorlage: 2014/FD36/019
- 8 Anfrage der SPD-GRÜNE-Gruppe zur Radwegenutzungspflicht  
Vorlage: 2014/FD36/020
- 9 Verordnung über Beförderungsentgelte mit Taxen im Landkreis Wesermarsch  
Vorlage: 2014/FD36/021
- 10 Teilergebnishaushalt 2014 des Fachdienstes 36 "Straßenverkehr"

Vorlage: 2014/FD36/023

- 11** Teilergebnishaushalt 2015 für den Bereich des Fachdienstes 32 - Sicherheit und Ordnung -  
Vorlage: 2014/FD32/026
- 12** Verschiedenes

### Öffentlicher Teil:

<b>1</b>	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.  
Sie stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

<b>2</b>	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt. Der ursprüngliche TOP 6 (Drehleiter Feuerwehr Nordenham) wird unter TOP 12 mitbehandelt. Zu TOP 12 wird eine ergänzende Tischvorlage verteilt (Antrag KIT, siehe Anlage).

<b>3</b>	Genehmigung der Niederschrift vom 16.06.14
----------	--

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.14 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

<b>4</b>	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

- keine Wortmeldungen -

<b>5</b>	Einführung des ergänzenden Warnsystems KATWARN Vorlage: 2014/FD32/027
----------	--

Frau Ripken erläutert die Inhalte des Kat-Warn-Systems und wirbt für eine Beschaffung. Es besteht grundsätzliche Übereinstimmung, das System zu beschaffen. Der Abgeordnete Pancesu macht jedoch datenschutzrechtliche Bedenken geltend und bittet um Klärung, wo bzw. wie die Namen/Daten der registrierten Nutzer gespeichert und geschützt werden. Außerdem bittet er um Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten der KDO. Träger dieses Angebots von Kat-Warn sei der Verband öffentlicher Versicherer.

Die Verwaltung sagt zu, die aufgeworfenen Fragen zu prüfen und das Thema dann im 1. Quartal erneut auf die Tagesordnung zu setzen und darüber zu berichten. Damit im Haushaltsjahr 2015 überhaupt eine Beschaffung getätigt werden könne, sei jedoch das Votum der Abgeordneten erforderlich. Die Inanspruchnahme der Summe könnte aber mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis alle Details und Fragen geklärt seien.

Der Abgeordnete Sprickerhof regt an, ggf. das Fraunhofer Institut einzuladen und sich das System erläutern zu lassen.

Herr Deyle bitte um Einbeziehung der Hilfsorganisationen im Fall der Beschaffung.

Dem Kreisausschuss wird mehrheitlich (1 Gegenstimme) vorgeschlagen:

Der Nutzungsvereinbarung KATWARN zwischen der CombiRisk GmbH, Maximilianstraße 53, 80530 München und dem Landkreis Wesermarsch wird zugestimmt. Die hierfür in 2015 benötigten Haushaltsmittel i.H.v. 15 Tsd. Euro (Einmalbetrag, zzgl. 3 Tsd. Euro p. a.) werden zunächst mit einem Sperrvermerk versehen, solange nicht alle Detailfragen insbesondere zum Datenschutz geklärt sind.

<b>6</b>	Neubau Bundesstraße 211 Vorlage: 2014/FD36/018
----------	---

Herr Stolz erläutert das Vorhaben. Im letzten Jahr sei bereits der 1. Spatenstich erfolgt.

Herr Wenholt ergänzt, dass bereits rd. 1 Mio. Euro verbaut wurden. Z. Zt. gehe man von einer Fertigstellung in 2019 aus, wenn die erforderlichen Mittel ab 2015 bereitstehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>7</b>	generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h auf Kreisstraßen ohne Mittelstreifen und Nebenanlagen Vorlage: 2014/FD36/019
----------	--

Herr Hoppe erläutert die Verwaltungsposition. Die Straßenverkehrsordnung schließe eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung aus. Es seien stets Einzelfallentscheidungen zu treffen. Dies erfolge auch regelmäßig so, nämlich durch die Experten der SVS (Straßenverkehrssitzung) und der Unfallkommission.

Ungeachtet dessen hält der Abgeordnete Sprickerhof an seinem Antrag fest und begründet diesen mit einer besonderen Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger. Man müsse hier präventiv tätig werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, vorzustellen, welche Kreisstraßen ohne Mittelstreifen und Nebenanlagen betroffen wären und wie lang und wie breit diese sind.

Die Abgeordnete Schinski schlägt vor, den Beschluss zu vertragen und sich Beispiele vor Ort anzusehen.

Der Abgeordnete Siefken hält diese Vor-Ort-Besuche für entbehrlich und unterstützt den Verwaltungsvorschlag.

Herr Wenholt weist darauf hin, dass ein jetzt stattgebenden Beschluss vom Landrat rechtlich zu beanstanden wäre und ein Vorlagebericht zu fertigen wäre. Stattdessen könne die Verwaltung weitere Daten und Statistiken sowie Fotos dem Ausschuss vorlegen.

Der Abgeordnete Erfmann bestätigt die Rechtsauffassung der Verwaltung und regt ergänzend an, zur nächsten Sitzung des Fachausschusses die Polizei einzuladen, die dann Fragen zu Art und Häufigkeit von Unfällen auf den betroffenen Kreisstraßen beantworten könnte.

Auf Antrag des Abgeordneten Siefken wird so dann darüber abgestimmt, über den Beschlussvorschlag in der Sitzung abzustimmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich (3 Stimmen dafür, 8 Gegenstimmen) abgelehnt.

**Die Entscheidung über den Beschlussvorschlag wird daher vertagt.**

<b>8</b>	Anfrage der SPD-GRÜNE-Gruppe zur Radwegenutzungspflicht Vorlage: 2014/FD36/020
----------	---

Herr Hoppe erläutert die rechtliche Situation (vgl. schriftliche Antwort in der Mitteilungsvorlage) sowie die Prüfung von Einzelanträgen durch die SVS.

Der Abgeordnete Sprickerhof verdeutlicht die Situation anhand von Fotoaufnahmen und weist auf die Beschilderung in der Ortsdurchfahrt Burhave hin, die nicht der aktuellen Rechtslage entspreche. Idealerweise sollten Radfahren innerhalb geschlossener Ortschaften auch den Fußweg benutzen dürfen. Die Verwaltung wird – soweit möglich - um Beantwortung der Frage bei einer der nächsten Fachausschusssitzungen gebeten, ob die Beschilderung der Radwege der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts von 2010 entspricht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>9</b>	Verordnung über Beförderungsentgelte mit Taxen im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2014/FD36/021
----------	---

Herr Stolz erläutert den Verwaltungsvorschlag.

Auf Anregung des Abgeordneten Siefken wird entsprechend der bisherigen Staffelung der Taxientgelte, die Kilometervergütung ab 3 und 10 km überarbeitet und rechtzeitig vor dem Kreisausschuss mit geändertem Beschlussvorschlag von der Verwaltung vorgelegt.

**Eine Beschlussfassung im Fachausschuss entfällt daher.**

<b>10</b>	Teilergebnishaushalt 2014 des Fachdienstes 36 "Straßenverkehr" Vorlage: 2014/FD36/023
-----------	--

Herr Stolz erläutert den Teilergebnishaushalt 2015 für den Fachdienst 36 – Straßenverkehr. Insgesamt werde sich das Ergebnis nur gering gegenüber dem Vorjahr verschlechtern und weiterhin mit einem deutlichen Überschuss abschließen. Auch die Planungen im investiven Teilhaushalt werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>11</b>	Teilergebnishaushalt 2015 für den Bereich des Fachdienstes 32 - Sicherheit und Ordnung - Vorlage: 2014/FD32/026
-----------	---

Frau Ripken erläutert den Teilergebnishaushalt des FD 32 – Sicherheit und Ordnung. Im Bereich der Ausländerbehörde solle eine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

Auf Antrag des Tierschutzvereins Wesermarsch wird diesem im Zeitraum 2015 bis 2018 ein jährlicher Zuschuss (freiwillige Leistung) i.H.v. 1.000,- Euro gewährt.

Den Hilfsorganisationen wird auf deren Antrag für die Kosten des Digitalfunks für 2015 ein einmaliger investiver Zuschuss (freiwillige Leistung) i.H.v. 21.500,- Euro gewährt. Außerdem für die Umstellung auf die digitale Alarmierung für die Jahre 2015 und 2016 jeweils investive Zuschüsse (freiwillige Leistungen) i.H.v. 22.500,- Euro, insgesamt also 45.000,- Euro.

Dem Kriseninterventionsteam (KIT) wird gemäß des Antrages vom 11.11.14 ein Zuschuss für die Beschaffung von jeweils 10 Wintereinsatzschuhen und -hosen für zusammen 3.500,- Euro gewährt. Die zweckgemäße Verwendung ist zu belegen.

Dem Antrag der Stadt Nordenham auf Bezuschussung der anfallenden Beschaffungskosten für eine Drehleiter – ehemals TOP 6 - in Höhe von bis zu 210.000,00 € (30 % von 700.000,00 €) wird zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt in Form einer Schuldendiensthilfe in Höhe eines 30%igen Anteils an den Finanzierungskosten (Zins und Tilgung) für den Abschreibungszeitraum von zwanzig Jahren. Im Ergebnishaushalt 2015 sowie in der Finanzplanung 2016 bis 2017 werden beim PSP-Element - Brandschutz – (Sachkonto 432200) zusätzliche Mittel in Höhe von 12.600,00 € (6 %) vorgesehen.

**Die Gesamtheit der vg. freiwilligen Leistungen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<b>12</b>	Verschiedenes
-----------	---------------

Zu den Fragestellungen des Abgeordneten Sprickerhof vom 03.11.14 (L 859) ist die schriftliche Antwort der Verwaltung dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Abgeordnete Osterloh bemängelt die nach seiner Ansicht schlechte Informationspolitik zur Verlagerung der Bushaltstelle im Zusammenhang mit den Baußmaßnahmen an der L 864 im Bereich Nordermoor/Neuenbrook.

Die Ausschussvorsitzende lobt abschließend die hervorragenden Zusammenarbeit mit Herrn Röben, der zum Jahresende in den Ruhestand gehen wird. Besonders hervorzuheben sei seine Kompromissbereitschaft, was zu einer großen Gemeinsamkeit im Ausschuss geführt habe.

---

Schinski  
Ausschussvorsitz

---

Sturm  
Protokollführung